

**Demonstration ehemaliger Heimkinder aus Österreich auf dem vorweihnachtlichen Stephansplatz in Wien. Kurier, Wien, online, 18. Dezember 2012:
Protest für die vom Staat Vergessenen**

URL: <http://kurier.at/chronik/oesterreich/heimkinder-protest-fuer-die-vom-staat-vergessenen/1.952.051>
(Stand: 18. Dezember 2012)



Demo-Start auf dem Stephansplatz: Mit Transparenten und Ansprachen machten ehemalige Heimkinder auf ihr Schicksal aufmerksam.

Letztes Update am 18.12.2012, 18:49

Protest für die „vom Staat Vergessenen“

Ehemalige Heimkinder aus ganz Österreich demonstrierten am Dienstag in Wien.

Sie fühlen sich von der Politik im Regen stehen gelassen und dementsprechend gestaltete sich Dienstagnachmittag auch das Wetter. Als sich mehr als hundert ehemalige Heimkinder aus ganz Österreich auf dem Stephansplatz zur Demo sammelten, regnete es. Mit Transparenten wie „Danke für die Ausbildung in der Sonderschule“ oder „Aufklärung des größten Verbrechens der Zweiten Republik“ zogen die ehemaligen Heimkinder dann – vorbei an der SPÖ-Parteizentrale – zum Parlament. Rechtzeitig zum Abmarsch der Hundertschaft ließ der Regen nach.

„Wir wollen nicht jammern, sondern die Sache selbst in die Hand nehmen. Unser Ziel ist ein flächendeckender Erfolg“, sagt Mit-Initiator Johann Kailich, 65, einst selbst Heimkind auf der

Hohen Warte in Wien. „Es geht nicht um einzelne Wiedergutmachungen, sondern um zigtausende Betroffene, die als Opfer anerkannt werden sollen.“

„Folter“



„Einmal ins Kinderheim eingewiesen, hat der Staat auf uns vergessen“, sagt Gerald C., 47, ebenfalls ein ehemaliger Hohe-Warte-Zögling. Im Zusammenhang mit den damaligen Erziehungsmaßnahmen spricht er von „Folter“.

Die Forderungen der Demonstranten kurz zusammengefasst: Schuldeingeständnis der zuständigen Organisationen samt Entschuldigung „auf Augenhöhe“, Wiedergutmachung, Aufhebung der Verjährung. Egal, ob Kirche, Staat oder Stadt – jede Institution solle sich der Forderung beugen.



„Entschädigungen dürfen nicht erst ab Antragstellung gewährt werden“, präzisierte der deutsche Opferanwalt Christian Sailer, „sondern für das ganze Leben, das von der Fürsorge verpfuscht worden ist.“ Sailer war der erste, der für ein ehemaliges Heimkind aus Tirol eine Entschädigung nach dem Verbrechenopfergesetz erstritten hat (der KURIER berichtete).

Verzicht

Sein Wiener Anwaltskollege Johannes Öhlböck appellierte an die Stadt Wien, bei einem etwaigen Zivilprozess ehemaliger Heimkinder „auf den Einspruch der Verjährung zu verzichten“.

„Aus dem Heimskandal einen Weinskandal machen“



Der Musiker und Coach Tombeck, 44, unterstützt ehemalige Heimkinder. Mit seinen Bandkollegen sang er bei der Schlusskundgebung der Demonstration.

„Es ist das Urbedürfnis des Menschen, wahrgenommen zu werden“, sagt Tombeck. „Noch wichtiger als die finanzielle Wiedergutmachung ist die Versöhnung, ein ehrliches Aufeinanderzugehen.“ Der gelernte Coach redet im Zusammenhang mit dem Kinderheimskandal „von Friedensarbeit nach einem Krieg auf psychologischer Ebene. Es gab Gewalt, Unterdrückung, Vergewaltigung.“ Die zuständigen Politiker müssten mit den Betroffenen einen Mediationsprozess in die Wege leiten. Nach dem Motto seines Songs: „Schauts hin“.

„Machen wir aus dem Heimskandal einen Weinskandal“, fordert er. „Wenn’s um den Spritzer geht, kommt das weltbeste Weinstrategie-Rezept heraus. Warum gibt es im Zusammenhang mit ehemaligen Heimkindern kein Weltleitprojekt?“

Stimmen von der Demo



Johann Kailich, 65, ehemaliges Heimkind Hohe Warte, Wien:

„Warum wir die Demo organisiert haben haben? Weil nicht einzelne ehemalige Heimkinder entschädigt werden sollen, sondern alle, die in den vergangenen Jahrzehnten unter der Fürsorge gelitten haben. Die Missstände sind ja schon im einem Heimbericht im Jahr 1974 aufgezeigt worden. Es gab in allen Heimen Missstände und jahrzehntelang hat die Politik nichts dagegen unternommen. Und eine gute Bildung blieb uns auch verwehrt. Ehemalige Heimkinder, die ohnehin schon am Boden sind, müssen jetzt wieder betteln gehen - zum Weissen Ring, um entschädigt zu werden. Es ist ja auch bezeichnend, dass Leute, die früher Kinder ins Heim gesteckt haben, heute über die Höhe der Entschädigung entscheiden.“



Gerald C., 47, ehemaliges Heimkind Hohe Warte, Wien:

Ich bin selbst Betroffener und musste von 1976 bis 1980 im Folterhaus Hohe Warte verbringen. Wir wollen mit der Kundgebung die Verantwortlichen von Staat und Kirche wachrütteln. Die österreichischen Kinderheime wurden jahrzehntelang von den Jugendämtern ohne jegliche Kontrolle mit Kindern bestückt. Diese Kinder wurden oft quer durch Österreich wie Pakete versendet. Einmal in so einem Kinderheim eingewiesen hat der Staat diese schutzlosen Kinder vergessen. Hinter den Mauern dieser Heime herrschte die Allmacht der jeweiligen Heimleitung, der Lehrer, Erzieher. Die Hohe Warte, der Wilhelminenberg, das Zentralkinderheim oder die Kinderübernahmestelle stehen nur als Beispiele für die vielen Heime in diesem Land, in denen Kinder gebrochen wurden. Gebrochen durch massive Schläge, durch Schlafenzug, durch tagelanges Einsperren in Kellerlöcher, durch Essenszwang oder auch Essensentzug. Und durch Misshandlung: Ich spreche hier nicht von der sogenannten „gesunden Watschen“ oder von Strafen die damals durchaus üblich waren - ich spreche von Folter."



Johannes Öhlböck, Opferschutzanwalt, Wien:

Die Stadt Wien argumentiert, dass sich die Zahlungen an die Opfer an der Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofes orientieren würden und angemessen seien. Ich bestreite das. Eine Prüfung der Zahlungen wäre möglich, wenn die Stadt Wien das zulassen würde. Derzeit lässt die Stadtverwaltung das aber nicht zu und erhebt in den Schreiben ihres Rechtsvertreters den Einwand

der Verjährung. Dieser Einwand ist ein praktisches Instrument. Man kann die Sache damit vom Tisch wischen, ohne sich inhaltlich mit ihr auseinandersetzen zu müssen. Mit dem Einwand der Verjährung wird das Risiko der Prozesskosten auf die Opfer verschoben, von denen man weiß, dass sie sich einen Prozess nicht leisten können. Sie erhalten nicht einmal Verfahrenshilfe, weil die Gerichte argumentieren, dass sie mutwillig handeln. Faktisch ist die Verjährung vom Gericht nur zu prüfen, wenn sie von einer Partei eingewendet wird. Die Stadt Wien müsste also lediglich auf die Einrede der Verjährung verzichten. Damit wäre eine schrankenlose Aufklärung möglich. Jedes Opfer könnte vom Gericht überprüfen lassen, ob die Angaben der Stadt Wien zur Angemessenheit der Zahlungen korrekt sind. Die Heimopfer wären nicht Bittsteller und nicht auf Gnadenrecht angewiesen.



Christian Sailer, Opferschutzanwalt, Deutschland:

“Unser Ziel muss es sein, etwas zu verändern, um Wiedergutmachung für die ehemaligen Heimkinder zu erreichen. Wir müssen die Politiker und die Bischöfe auffordern, auf die Einrede der Verjährung zu verzichten. Es ist auch wichtig, dass Entschädigungen nicht ab Antragstellung schlagend werden, sondern für das gesamte Leben, das von der Fürsorge verpfuscht wurde.“

Stichworte:

- [› Proteste](#)
- [› Heimskandal](#)